

Speech

Kiel, 31.05.2013

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben

Im Koalitionsvertrag hat die Bürgerbeteiligung nach meiner Meinung einen angemessenen Platz erhalten. Die Koalitionsfraktionen nehmen den echten Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik bzw. der Verwaltung nämlich sehr ernst. Im Gegensatz dazu wird im vorliegenden Antrag das Anliegen der Bürgerbeteiligung zur Karikatur ihrer selbst. Die Bürgerin bzw. der Bürger soll das richten, was Planer und Verwaltung vermurksen. Infrastrukturmaßnahmen werden als per se störend und, was Standort und Bauphase angehen, als Fehlplanungen dargestellt. Darum auch der Vorschlag einer Charta, die die Bürgerbeteiligung nach dem Willen der Piraten festschreiben soll. Der Begriff der Charta ist dabei nicht zufällig gewählt; ich kannte das Wort bislang nur im Zusammenhang mit Menschenrechten. Aber das ist kein Zufall, denn so erfährt das Thema bereits in der Überschrift eine Skandalisierung, die den Tenor des gesamten Antrags bestimmt.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass öffentliche Infrastrukturvorhaben mit einem derartigen generellen Misstrauen begegnet wird. Wir haben im Land viele gute Beispiele für Infrastrukturvorhaben. Es gibt sogar Vorhaben, die von Anfang an zusammen mit den Anliegern oder Nutzern geplant wurden. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. So wurde beispielsweise in Flensburg ein Kinderspielplatz auf Duburg komplett neugestaltet. Die Kinder hatten sich unter anderem eine Art Burg gewünscht, was auf dem Dach eines Hochbunkers auch umgesetzt wurde. Sie wurden von den Planern befragt und um ihre Meinung gebeten. Die Lütten haben gerechnet und gezeichnet



und mit den Planern gemeinsam ein neues Konzept entwickelt, das sich bewährt hat. Inzwischen wird der Platz fleißig genutzt, weil auch die Eltern entsprechende Rückzugsmöglichkeiten haben. Das alles wertet den gesamten Margarethenplatz auf. Die Kinder pflegen ihren Spielplatz; der Vandalismus wurde deutlich weniger. Das ist ein gelungenes Beispiel, wie es laufen könnte. Hier ist die Verwaltung mit viel Engagement auf die Bewohner des Quartiers zugegangen und einen konstruktiven Dialog geführt. Ich kenne natürlich auch Infrastrukturvorhaben, die gründlich in den Hose gegangen sind, weil Planer vom grünen Tisch weg an den Bedürfnissen der Nutzer oder Anwohnern vorbei geplant haben, oder sich schlichtweg verrechnet haben. Das war wohl der Fall bei der Itzehoer Gutenberg-Schulhalle, wo bei der Kostenkalkulation die Außenanlagen schlicht vergessen worden waren, so dass die Stadt noch einmal Geld für die Parkplätze nachschießen musste. Geben solche Begebenheiten Anlass, von vornherein bei Infrastrukturvorhaben von Problemen auszugehen? Nein, das denke ich nicht.

Wir sollten uns davor hüten, das Misstrauen der Bürger zu schüren. Das sind billige Propagandapunkte, die man da schießen kann. Konstruktiv finde ich das nicht.

Völlig verwirrend wird es im Antrag, wenn es um zukünftige Maßnahmen geht. Unter Ziffer eins bin ich über den Satz gestolpert, wonach die Bürger bereits vor einem Vorhaben den Wunsch äußern sollen, darüber informiert zu werden. Das geht schlichtweg nicht, weil man sich keine Informationen über etwas wünschen kann, was es noch gar nicht gibt. Erst kommt das Vorhaben und dann im besten Fall zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern die Umsetzung. Und nicht erst der Informationswunsch und dann das passende Projekt.

Gleiches gilt für den vierten Punkt, wonach die Genehmigungsbehörde die Bürger bereits vor der Antragstellung einbinden soll.

Bürgerbeteiligung ist bei uns bewährte Praxis. Sie ist rechtlich definiert und im Bau- und Planungsbereich weitreichend geregelt. Ich gebe zu, dass das Beteiligungsrecht durchaus Defizite hat und Verbesserungswürdig ist. Darüber können wir gerne diskutieren. Aber ich muss ehrlicherweise sagen, dass der Antrag der Piraten für so eine Diskussion wenig zielführend ist. Er ist geprägt von Misstrauen gegenüber Infrastrukturmaßnahmen und in weiten Teilen so nicht umsetzbar.

